

P/V/169

Hinweise  
auf den Inhalt:

Bundestag verzichtet auf Vorrechte zugunsten der Bundesregierung	S.1
Themen des Labour-Parteitages	S.3
Raubmörder unter russischem Schutz	S.3
Die unzureichende Kaderpartei -Zum SED-Parteitag-	S.4
Propaganda mit dem Flüchtlingselend	S.6

Politischer Selbstmord des Parlaments?

-mm, Wer noch Zweifel gehegt hat, ist am vergangenen Wochenende davon überzeugt worden, dass die Bonner Regierungsmehrheit bereit und willens ist, das Erstgeburtsrecht des Parlaments für ein Arme-Leute-Brot der Bundesregierung hinzugeben. Es ist schon grotesk genug, wenn die Teile der Koalition, die am 14. Juli den sozialdemokratischen Antrag auf Fortführung der Subventionen für Brotgetreide und Düngemittel zur Annahme verhalfen, sechs Tage später es nicht mehr wagten, den Beschluß zu bestätigen. Vor allem aber wird damit ein gefährlicher Präzedenzfall für die Nichtbeachtung von Bundestagsbeschlüssen durch die Bundesregierung geschaffen.

Schon einmal - nach kurzer Regierungszeit - setzte sich das Kabinett über einen Beschluss des Bundestags hinweg. Damals ging es um die Weihnachtsgratifikationen, deren Steuerfreiheit auch von den Regierungsparteien gefordert wurde. Der Bundesfinanzminister weigerte sich, eine entsprechende Vorlage zu machen, und - es geschah nichts. Die sozialdemokratische Fraktion des Bundestags fordert für das Parlament nicht mehr Rechte, als diesem zustehen, wacht aber sorgfältig darüber, dass diese Rechte nicht durch Übergriffe der Bundesregierung verletzt werden. Natürlich muss die Regierung in der Lage sein, wirklich zu regieren. Das kann aber nicht bedeuten, dass die Bundesregierung dem Parlament ihren Willen aufzwingt. Es liegen aber weitere Anlässe für eine ernste Beschwerde vor.

Kürzlich war ein Initiativgesetz des Bundestags in den Aus-

schluss gegangen und dort beraten worden. Als in einer weiteren Ausschusssitzung der Bundesjustizminister den veränderten Entwurf vorlegen sollte, erklärte er zur Überraschung der Parlamentarier, das Kabinett habe beschlossen, den Ministerialapparat nicht an Gesetzesvorlagen mitarbeiten zu lassen, die die Bundesregierung grundsätzlich ablehne. Hier wird also versucht, den gesetzgeberischen Willen der Volksvertretung durch die Verweigerung der Mitarbeit zu durchkreuzen - eine Art technischer Sabotage, die zu stärksten Bedenken Anlass gibt. Ohne Frage hat die Bundesregierung in der Gesetzesinitiative das gleiche Recht wie das Parlament, und man erinnert sich der merkwürdigen Fälle, dass die Koalitionsparteien die Beratung eines von der Opposition eingereichten Gesetzentwurfes sogar mit der ausdrücklichen Begründung verweigerten, eine Regierungsvorlage werde zum gleichen Gegenstand vorbereitet. Das Angewiesensein des Parlaments auf die technischen Hilfsmittel der Ministerien scheint also bestimmte Stellen zu der Annahme zu verleiten, als käme es in erster Linie der Exekutive zu, Gesetze zu entwerfen.

Dieser Übelstand ist dringend der Abhilfe bedürftig. Der demokratische Staatsapparat kann nur funktionieren, wenn die Teilung der Gewalten peinlich beachtet wird. Es ist daher ein interfraktioneller Antrag zu begrüßen, in dem ein "Dokumentationsdienst" gefordert wird, der das Parlament von den Experten der Regierung unabhängig machen soll. Der nach amerikanischen Vorbild geschaffene Dienst soll den Abgeordneten für Untersuchungen über den rechtlichen, geschichtlichen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Sachverhalt zur Verfügung stehen, der jeweils zu klären ist. Die Abgeordneten, gleich ob in Fraktionen oder Fachausschüssen, würden damit einen Stab hochqualifizierter Experten erhalten, mit dem auch die praktische Gesetzesarbeit geleistet werden könnte. Es wäre gut, wenn dieser Dokumentationsdienst bald geschaffen wird. Denn nur durch eine Verstärkung seiner Unabhängigkeit von der Exekutive kann das Ansehen des Parlaments als der höchsten Vertretung des Volkes gehoben werden.

Themen des Labour - Parteitages

B.C. London, im Juli

Die politische Linie der Labour Party wird auf demokratischem Wege, von unten her, gebildet. Sie entsteht in Entschliessungen, die von den örtlichen Wahlkreisvereinen beraten, beschlossen und dann der grossen Parteikonferenz vorgelegt werden, die alljährlich einmal stattfindet. Dieses Jahr wird der Parteitag vom 2. bis zum 5. Oktober im Seebad Margate stattfinden und bis zum 1. Juli mussten statutenmässig die Entschliessungen dem Sekretariat vorgelegt werden. Sie sind soeben in Heftform veröffentlicht worden und geben ein gutes Bild von dem Wind, der in der britischen Arbeiterbewegung weht. Die grösste Anzahl der Resolutionen befasst sich mit dem wichtigen Fragenkomplex der Wirtschaftspolitik, insbesondere den Problemen der Lohn-, Preis- und Profitpolitik der Regierung. Dabei überwiegt der Wunsch, die Regierung möge Preise und Profite mit schärferen Massnahmen niedrig halten, damit der gegenwärtige Lebensstandard ohne Lohnbewegung erhalten werden kann. Den Monopoltendenzen in der Industrie müsse auf die Finger gesehen werden, und die Lebensmittelsubsidien müssten aufrechterhalten werden. Eine grössere Anzahl der Kreisvereine beschäftigt sich stärker als bisher mit Problemen der Aussenpolitik. Eine aktive Politik zur Erhaltung des Friedens ohne Unterordnung unter amerikanische oder russische Bestrebungen wird gefordert. Mehrere Ortsvereine fordern, dass die Regierung sich nicht durch die Opposition in ihrer Verstaatlichungspolitik irremachen lassen soll.

Raubmörder unter russischem Schutz

B.C. London, im Juli

High Wycombe ist ein idyllisches Landstädtchen in der südenglischen Hügellandschaft von Buckinghamshire, etwa 25 km von London entfernt. Jeden Donnerstag ist Markttag, wenn die Bauern der Umgebung ihr Schlachtvieh bringen und ihre Frauen die Läden der Hauptstrasse durchstöbern. Abends geht es dann lustig zu in den Wirtschaften und Eisdielen.

In einem alten Häuschen unweit der Kirche hatte Mr. Dearlove seinen winzigen Zigarren- und Konfektladen, der "Zur gemütlichen Boker" hiess. Er war ein Ladenbesitzer wie zehntausend andere im ländlichen England; eines Morgens vor vierzehn Tagen wurde er ermordet aufgefunden. Die Kriminalpolizei stellte die üblichen Ermittlungen an und niemand war erstaunt, in der Zeitung zu lesen, dass der Verdacht sich auf zwei Polen richtete, denn unter den Tausenden polnischer Soldaten, von denen viele in Hitlers Herr gekämpft hatten, und die nach Kriegsende in England

blieben, gibt es leider allzu viele gewalttätige Elemente. Der erste der beiden Verdächtigen, Kalinowski, wurde festgenommen und dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Er ist unter Mordanklage in Haft. Der zweite, Stefanowicz, wurde gesucht. Die Fahndung führte nach London. Es wurde ermittelt, dass Stefanowicz sich vom russischen Konsulat mit der Vorspiegelung, Litauer aus Kuno zu sein, einen Paß und Heimreiseschein hatte geben lassen. Sodann war er an Bord des russischen Dampfers "Sestoretzk" als Passagier gegangen, der bereits von London nach Stockholm, Helsinki und Leningrad in See gegangen war, als die Kripo die Spur gefunden hatte.

Auf Radioanruf gab "Sestoretzk" keine Antwort, und es hiess, sie habe keinen Bordfunk. Scotland Yard richtete ein Festnahmegesuch an die schwedische Polizei in Stockholm, dem nächsten Anlaufhafen des Schiffes. Auf hoher See aber hatte der Dampfer Radiobefehl (also doch) erhalten, Kurs auf die lettische Küste zu nehmen, wo Stefanowicz auf den russischen Marineschlepper "Neptun" übernommen wurde. Die "Sestoretzk" nahm dann Kurs auf Stockholm. Diese Vorgänge wurden von sämtlichen Passagieren bestätigt, die nach den vorliegenden Fahndungsbildern den Entkommenen als den gesuchten Stefanowicz identifizierten.

Das Rätselraten ist gross. Da Sowjetrussland kein Interesse daran haben kann, einem Raubmordverdächtigen durch Einsatz von Marinefahrzeugen und Kursänderungen von Liniendampfern zur Flucht zu verhelfen, erhebt sich eine Reihe von Fragen. Warum musste der alte Mr. Dearlove sterben? Wusste er zuviel? War er in irgend welche geheimen Umtriebe verwickelt, an denen Sowjetrussland Interesse hat? Oder aber ist diese ganze Kette von mysteriösen Ereignissen auf ein "diplomatisches Mißverständnis" zurückzuführen?

- - -

Die unzureichende Kaderpartei  
Zum III. Parteitag der SEP in Ostberlin

F.F. Berlin, im Juli

Der in diesen Tagen als bombastischer Film abgelaufene III. Parteitag der SEP konnte kaum wesentlich Neues bringen. Aus der massiven Vorpropaganda wußte man im voraus, welches das Ergebnis sein werde. Die SEP gelobt: noch aktiver zu werden, vor allem auch nach Westdeutschland hinüber; noch linientreuer gegenüber dem Kreml zu sein; noch mehr beflissigt, eine "Partei neuen Typus" zu werden, was heisst: eine Kaderpartei nach sowjetisch-bolschewistischem Muster und Vorbild.

Dies letzte ist ihr wirkliches Hauptanliegen - intern jedenfalls. Schon seit Jahr und Tag streben die Spitzenfunktionäre der SEP, als gleichwertig im Kreis der Satelliten angesehen zu werden. Denn dies ist, nach gewissen anderen Vorleistungen, die Vorbedingung für die Aufnahme der sowjetzonalen Staatspartei in den Kominform.

Die Vorleistungen sind inzwischen <sup>darüber</sup> gebracht worden: Die Gleichschaltung allen innerpolitischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in der Ostzone war die eine. Sie ist, wie Einheitswahlprogramm und Einheitswahlliste mit genau vorher bestimmten und endgültigen Sitzverteilungen in den zonalen "Parlamenten" beweisen, erreicht. Eine andere war die "endgültige" Anerkennung der Oder-Neisse-Linie als "ewige Friedensgrenze". Auch hier folgte die SEP inzwischen den Moskauer Instruktionen bis aufs I-Tüpfelchen. Auch sonst hat die Sowjetisierung und Mundtotmachung der zonalen Bevölkerung beträchtliche Fortschritte seit dem letzten Parteitag gemacht - und zugleich die sklavische Ausrichtung auf den Osten und die Aussaat von Haßgefühlen gegen den Westen schlechthin.

Wenn man trotzdem der SEP immer noch die Anerkennung als eines gleichberechtigten Partners der Kominformparteien vorenthält, dann liegt das nicht nur an dem immer noch vorhandenen Mißtrauen bei den anderen kommunistischen und Einheitsparteien des Ostblocks, auch nicht nur an der offenkundigen Verachtung des Moskauer Politbüros für die SEP, die in keiner Weise die in sie gesetzten Erwartungen bisher erfüllte, sondern zumindest in gleich starkem Maße an der inneren Labilität innerhalb der SEP, die aller Ecken zum Vorschein kommt. Nichts kann dafür bezeichnender sein als die Fülle der sich ständig steigern- den Selbstbeichtigungen. Man benötigt bald schon ein kleines Wörterbuch, um all die Krankheiterscheinungen, "Entartungen" und "Abweichungen" von der jeweils gültigen Parteilinie zu erläutern. Da gibt es den Objektivismus und den Subjektivismus, Sozialdemokratismus und Versöhn- lertum, Skeptizismus, Praktizismus, Sektierertum, Opportunismus, Nur- gewerkschaftlertum, mangelnde Wachsamkeit, Titoismus und Trotzismus, falschen Nationalismus. Noch drastischere Beweise für den labilen Cha- rakter des SEP-Regimes sind die zahllosen schweren Sabotagefälle in der Sowjetzone, über die Ulbricht berichtete. Die angekündigten Auszeich- nungen "Held der Arbeit", "Verdienter Aktivist" u.a.m. sind kümmerliche Pflästerchen auf diese Wunden.

Auf einen Nenner gebracht, ist der Inhalt all dieser bedenklichen Krankheitsherde dieser: die SEP ist weder eine geschlossene, noch eine

Kampfpartei, obwohl ihre Funktionäre auf dem Parteitag "vor Kraft nicht laufen konnten"; wie man hier sagt und sie sich als Claqueur der offiziellen Parteiparolen überschlugen. Allenfalls die Korruptiertheit eint den grössten Teil der Funktionäre, eine gewisse Bequemlichkeit vielleicht noch, sobald sie einen einträglichen Posten erjagt haben. Im übrigen aber lassen sie allzu oft Partei Partei sein und der gesunde Menschenverstand steht immer wieder gegen den Parteibefehl auf. Längst haben auch die sogenannten Massenorganisationen ihre Anziehungskraft eingebüsst - trotz Aufklärungsalokalen, Agitationstruppe, Schulungen über Schulungen, Schauprozessen, und was dergleichen Hilfsmittel zur Massenbeeinflussung mehr sind.

Die ältere Generation, all jene, die aus eigener Anschauung in der Lage sind, zum Gestern und Vorgestern Vergleiche zu ziehen, hat man deshalb seitens der SEP inzwischen auch mehr oder minder abgeschrieben. Man will sich künftig verstärkt auf die nachwachsende und unkritisch gehaltene Jugend und einen Teil der Frauen stützen. Diese rücken in den höheren Funktionen immer mehr vor. Es hiesse, die Augen vor der Wirklichkeit verschliessen, wenn man die Gefahren, die darin liegen, unterschätzte wollte. Aber auch den heute noch Unkritischen werden eines Tages die Augen aufgehen.

- - -

#### Propaganda mit dem Vertriebenen-Elend

sp. Die Vernachlässigung der Interessen der Millionen Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik hat Folgen, deren Wirkungen auf das Ausland trotz aller demagogischer Verdeckungen nicht abzuschätzen sind. Seit einiger Zeit läuft die Kominform-Propaganda in der Sowjetzone und den Satellitenstaaten auf vollen Touren, um das Elend der Heimatvertriebenen in Westdeutschland für die bolschewistische Reklame wirksam auszuwerten. Ein kennzeichnendes Beispiel hierfür liefert ein Bericht des amtlichen tschechischen Pressebüros CTK, in dem geschildert wird, wie sich eine Delegation sudetendeutscher Vertriebenen aus der Bundesrepublik bei einem Besuch in der Sowjetzone davon habe überzeugen können, wie gut es ihren Landsleuten dort gehe. Das CTK stellt dem eine düstere Schilderung der Verhältnisse gegenüber, in denen die meisten Heimatvertriebenen heute noch in Westdeutschland leben, mit dem nicht unbegründeten Zusatz, dass sie das Hauptkontingent des Arbeitslosenheeres stellen.

Man könnte es sich ersparen, auf die Propagandadarstellungen des tschechischen Pressebüros einzugehen, die in diesem Fall durch ein abgekartetes Zusammenspiel sowjet-deutscher mit sowjet-tschechischen Stellen zustande gekommen sind. Falsch und demagogisch verzerrt aber ist in diesem Zusammenhang nur, dass es den Vertriebenen in Westdeutschland schlechter gehe als in Ostdeutschland. Die Tatsache, dass die Mehrzahl der jetzigen Flüchtlinge aus der Sowjetzone aus Menschen besteht, die als Ostvertriebene in jene Gebiete kamen, spricht Bände. Angesichts der Stimmung unter den Vertriebenen aber ist es auf die Dauer gefährlich, daß bolschewistische Propagandisten über haupt Voraussetzungen für ihre demagogische Tätigkeit im Westen finden. Das abzuleugnen, wäre unmöglich; dem abzuwehren, wäre die vornehmste Aufgabe der Bundesregierung. Bisher ist in dieser Richtung leider wenig geschehen.